

WSI-DGB Fachtagung: Zurück zur öffentlichen Hand. Chancen und Formen der Rekommunalisierung, Berlin, 10. Januar 2012

Thorsten Schulten (WSI)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich begrüße Sie und Euch ganz herzlich im Namen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes in der Hans-Böckler-Stiftung zu unserer heutigen Fachtagung „Zurück zur öffentlichen Hand. Chancen und Formen der Rekommunalisierung“.

Das WSI hat sich in den letzten Jahren im Rahmen eines internationalen von der Europäischen Kommission finanzierten Forschungsprojektes mit den sozialen und ökonomischen Auswirkungen von zwei Jahrzehnten Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik beschäftigt (www.pique.at). Wir haben in diesem Zusammenhang unterschiedliche Branchen und Sektoren der öffentlichen Daseinsvorsorge untersucht. In fast allen Bereichen war das Ergebnis das Gleiche: Entgegen den Versprechen der Privatisierungsbefürworter sind die öffentlichen Dienstleitungen – von Ausnahmen abgesehen - weder besser noch günstiger geworden. Richtig ist vielmehr das Gegenteil: In vielen Bereichen führte die Privatisierung zu schlechteren Qualität der Dienstleistungen bei einem deutlich höheren Preis. Verschlechtert haben sich in der Regel auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, die in den privatisierten Branchen tätig sind. Verstärktes Outsourcing und die Abkehr von den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes führten in vielen Fällen zu deutlich niedrigeren Löhnen und höherem Arbeitsdruck. Gerade die schlechteren Arbeitsbedingungen – so das Kernergebnis unseres Forschungsprojektes – habe oft auch zur Verschlechterung der Servicequalität beigetragen.

Die vielfältigen negativen Erfahrungen mit privatisierten Dienstleitungen haben zu einem deutlichen Meinungsumschwung geführt. Noch in den 1990er Jahren konnte die Privatisierungspolitik durchaus auf öffentliche Unterstützung bauen, schienen sie doch ein Erfolgsversprechender Weg zu sein, um die notwendige Modernisierung

des öffentlichen Sektors voranzubringen. Mittlerweile hat sich das Bild jedoch grundlegend gewandelt. In Umfragen sprechen sich regelmäßig mehr als drei Viertel der Bevölkerung gegen weitere Privatisierungen und für einen starken öffentlichen Sektor aus. Mehr noch: Es gibt kaum mehr ein größeres Privatisierungsvorhaben, das nicht von massiven öffentlichen Protesten bis hin zu Volks- und Bürgerbegehren begleitet wird, die in vielen Fällen zu einer deutlichen Ablehnung oder sogar Verhinderung der Privatisierung geführt haben.

Schließlich haben - und damit komme ich zum eigentlichen Thema der heutigen Tagung – immer mehr Kommunen und Landkreise damit begonnen, ehemals privatisierte und ausgelagerte Dienstleitungen in den Bereich der öffentlichen Hand zurückzuführen. Dieser mit dem sperrigen Begriff der Rekommunalisierung beschriebene Prozess scheint sich dabei über prominente Einzelbeispiele hinaus zu einem regelrechten Trend zu verdichten. So hat z.B. eine Umfrage der Universität Leipzig ergeben, dass heute jede dritte Kommune über eine Rekommunalisierung der Energieversorgung nachdenkt. Angesichts solcher Zahlen bekommen die großen Energiekonzerne wie RWE, E.On und Co. zunehmend kalte Füße und sehen sich genötigt, gegen die Rekommunalisierung Stimmung zu machen.

Über die Frage, was genau bei einer Rekommunalisierung passiert, welche Varianten und Formen der Rekommunalisierung bestehen, in welchen Sektoren sie vornehmlich zu finden sind und welche sozialen und ökonomischen Konsequenzen damit verbunden sind, existieren bislang kaum wissenschaftliche Untersuchungen. Umso mehr freue ich mich, dass auf unserer heutigen Tagungen einige der wenigen bislang existierenden Forschungsergebnisse präsentiert werden. Darüber hinaus werden wir einige konkrete Beispiele von Rekommunalisierungen und deren jeweils spezifische Geschichte, Motivation und Ergebnisse kennen lernen.

Das Versprechen der Privatisierung lautete, dass durch Markt- und Profitorientierung eine deutlich effizientere Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen möglich wird. In der Praxis zeigte sich jedoch allzu oft, dass hohe Profite und effiziente Dienstleistungen keineswegs immer eine harmonische Beziehung bilden. Im Gegenteil: Immer da, wo sich die Dienstleitungen für die privaten Investoren nicht rechnen, laufen sie Gefahr entweder deutlich teurer oder gänzlich abgeschafft zu werden.

Mit der Rekommunalisierung rückt in einer vor wenigen Jahren noch kaum für möglich gehaltenen Weise auch die Eigentumsfrage wieder auf die Tagesordnung. Mit der Renaissance von öffentlichen Unternehmen besteht die Chance, dass anstelle eines überzogenen Profitprinzips die Gemeinwohlorientierung wieder stärker zum Tragen kommt. Hierbei geht es um die Bereitstellung eines qualitativ hohen Versorgungs- und Dienstleistungsniveaus, dass durch demokratische Entscheidungsstrukturen und nicht durch privatwirtschaftliche Verwertungsinteressen bestimmt wird. Öffentliches Wirtschaften steht dabei keineswegs im Gegensatz zu einer effizienten Wirtschaftsweise oder gar einer Gewinnorientierung, mit dem entscheidenden Unterschied, dass die erzielten Gewinne wieder vollständig für öffentliche Aufgaben re-investiert werden können. Die meisten Rekommunalisierungsprojekte haben ihren Ursprung denn auch weniger in politisch-ideologischen als vielmehr ganz pragmatischen Erwägungen, bei denen es darum ging, überhaupt erst wieder eine ökonomisch effiziente Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen zu ermöglichen.

Ob sich die Widererstarnten öffentlichen Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge in der Praxis als überlegen erweisen werden, wird die Zukunft zeigen. Vieles wird von der Entwicklung der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen abhängen. Nach wie vor leiden viele Kommunen unter den Folgen einer völlig verfehlten Steuer- und Fiskalpolitik. Sie betreiben nach wie vor – weniger aus Überzeugung als aus Verzweiflung – eine Privatisierungspolitik, weil sie keine andere Möglichkeit sehen, ihre Schuldenberge abzutragen. Was für Deutschland gilt, gilt erst recht auf internationaler Ebene. Angesichts der hohen Staatsverschuldung werden derzeit zahlreiche europäische Staaten von internationalen Organisationen wie der EU, der Europäischen Zentralbank oder dem Internationalen Währungsfond massiv unter Druck gesetzt, ihren öffentlichen Sektor zu privatisieren. Jenseits aller Kollateralschäden der europäischen Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik erscheint die Privatisierungseuphorie hier ungebrochen.

Der langfristige Erfolg der Rekommunalisierungsprojekte dürfte nicht zuletzt auch daran liegen, ob es tatsächlich gelingt hier eine gleichermaßen effiziente wie demokratisch legitimierte Wirtschaftsweise zu etablieren. Mit dem Wiedererstarren öffentlichen Eigentums ist hierfür eine notwendige, aber keinesfalls hinreichende Voraussetzung geschaffen worden. Im Zuge der Liberalisierungspolitik stehen öffentliche Unternehmen zunehmend im Wettbewerb mit privaten Konkurrenten und

verfolgen hierbei Unternehmensstrategien, die sich kaum von privaten Unternehmen unterscheiden. Notwendig sind deshalb demokratische legitimierte Ziele und Kriterien für ein „gutes Wirtschaften“, das sich den Prinzipien von Gemeinwohl, Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit verpflichtet fühlt. In welche Richtung dies gehen könnte zeigen die aktuellen Entwicklungen im Vergaberecht, wo in vielen Bundesländern soziale und ökologische Kriterien bei der öffentlichen Auftragsvergabe eine breite Renaissance erleben. Hierzu gehören soziale Kriterien wie Tariftreue, Mindestlöhne, Equal pay, die Förderung von Ausbildung, Behinderten, Maßnahmen zur Gleichstellung und Frauenförderung, oder auch in internationaler Hinsicht die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation. Hinzu kommen ökologische Vorgaben für eine umweltschonende, energieeffiziente und nachhaltige Produktionsweise.

Schließlich geht es bei der Diskussion um Rekommunalisierung auch um die Frage der Wiedergewinnung lokaler Handlungs- und Entscheidungsspielräume, die im Zuge der Liberalisierungs- und Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte zunehmend verloren gingen. International bekannte Stadtforscher wie der belgische Sozialwissenschaftler Eric Swyngedouw sprechen in diesem Zusammenhang bereits von der „postdemokratischen Stadt“, die aufgrund fehlender ökonomischer Ressourcen ihre demokratische Steuerungspotential weitgehend verloren hat und sich in der Abhängigkeit privatwirtschaftlicher Akteure befindet. Die Debatte um Rekommunalisierung steht damit auch im Kontext der Debatte um eine Wiederbelebung lokaler Demokratie. Schließlich geht es auch um die grundlegende Frage von Wirtschaftsdemokratie, die derzeit vor allen in den Gewerkschaften wieder breiter diskutiert wird.

Zum Schluss möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich schon einmal vorab beim DGB und hier insbesondere bei Claudia Falk für die gute Kooperation bei dieser Veranstaltung bedanken. Das WSI hat die Idee zu dieser Tagung gerne aufgegriffen und sieht in dem Thema Rekommunalisierung für die Zukunft ein wichtiges Forschungsfeld. Zunächst wünsche ich uns allen aber erst einmal eine spannende und erkenntnisreiche Tagung.